

Sachsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 132.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 194.

Zweite Ausgabe

Dienstag, 19. März 1901.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 57.
Telephon Nr. 158.

Geschäftsstelle in Berlin, Brandenburgstr. 2.
Telephon Nr. 931.

Zum Stande der Zolltariffrage.

Wo bleibt der neue Zolltarif? Diese Frage kann man heute fast täglich in der Tagespresse lesen. Soweit die nationale Wirtschaftspolitik, den Schutz der nationalen Arbeit aller Länder in Stadt und Land auf ihre Fahne geschrieben hat. Immer dringlicher wird die Frage, immer unruhiger wird die Lage trotz aller schönen Versprechungen, die wiederholt in letzter Zeit von Regierungssicht aus erlassen sind. Der Zeitpunkt, in dem die neuen Handelsvertragsverhandlungen beginnen müssen, wenn anders man nicht auf neue Handelsverträge unter besserer Wahrung der heimischen Interessen verzichten will, rückt immer näher, aber noch immer ist die dazu unerlässliche Vorbedingung, die Schaffung eines autonomen Zolltarifs mit Minimal- und Maximalätzen und eines guten Tarifgesetzes nicht erfüllt. Mehr als sechs Wochen sind verstrichen, seitdem der Staatssekretär des Reichshausmarschalls Frhr. v. Schlieffen bei Verleihung seines Glanz die tröstliche Erklärung gab, der Zolltarif sei fertiggestellt, er befände sich bereits in der Reichskammer. Wie verhält es sich, aus dieser Mitteilung auf eine unmittelbare bevorstehende Vorlegung des Entwurfs im Reichstage zu schließen, beweist der Verlauf der Dinge. Wir stehen unmittelbar vor den Osterferien, und noch immer läßt sich nicht absehen, wann die Vorlage an den Reichstag gelangen wird. Ja, wie nun zweifelhaft mittelgültig wird, die eigentlichen Vorbereitungen erst in den letzten Tagen begannen. Die ganze Angelegenheit befindet sich zur Zeit im Stadium eines Handelsvertrags zwischen dem Reichskanzler und dem an der Sache beteiligten Ministerien. Obwohl der Reichstagler ausdrücklich Beilegung der Sache angedeutet hat, dürfen immerhin noch einige Wochen darüber vergehen, bis dieser Botenwechsel zum Abschluß gelangt und die Vorlage offiziell vom Reichstagler unterfertigt ist und dem preussischen Staatsministerium zugehen kann. Vor Ostern ist hieran noch nicht zu denken.

Nach Erledigung dieser Formalitäten geht der Entwurf als gesetzliche Vorlage der Bundesregierung und dann dem Bundesrat zu. In einer offiziellen Erklärung der „Berl. Post“ heißt es ebenfalls optimistisch wie verheißend, daß die „Vorlegung des Zolltarifentwurfs an den Bundesrat im März herum in sichere Aussicht zu nehmen sei.“ Man rechnet in beteiligten Kreisen damit, daß bis Pfingsten die Vorlage bis zur Mitteilung an den Reichstag fertiggestellt sein wird. Der erfahrungsmäßig schnelle Verlauf nach Wilmberg, die seitens der äußersten Linken angeführte Opposition und manches andere mehr lassen die Aussichten der Verabschiedung der Vorlage in dieser Session als äußerst gering erscheinen.

In letzter Zeit sind nun in freimüthigen Kreisen wiederholt Artikel erschienen, die den Zweck verfolgen, den Reichstagler gegen die jetzt im Reichstag befindlichen Verhandlungen mitzuteilen zu machen und ihn für die Fortführung der handelspolitischen Handelsverträge zu gewinnen. In dem Zweck erweisen ein Maaßstabmittel in der „Freimüthigen Zeitung“, in dem behauptet wurde, der Geheimrat Professor van der Vortigt sei der Urheber des Doppeltricks und er trete bei den kommissarischen Beratungen ganz besonders dafür ein. Wichtig ist an der ganzen Sache nur, daß Herr van der Vortigt, der bis zum Frühjahr v. J. nationalliberaler Abgeordneter und Professor der Nationalökonomie war, um jene Zeit in die sozialpolitische Abteilung des Reichsanwalts des Innern als Hilfssekretär berufen wurde und daß er allerdings seiner Zeit in seinen Schriften für den Zolltarif als ein unentbehrliches Mittelglied auf handelspolitischen Gebiete eingetreten ist. Wie uns verheißend wird, haben die Freirepublikaner auf den Reichstagler nicht den mindesten Eindruck gemacht. Ob das wahr ist, bleibt abzuwarten, in jedem Falle wird es notwendig sein, daß die Regierung zu Thunen übergeht und den Entwurf mit möglicher Beschleunigung an den Reichstag gelangen läßt.

Deutsches Reich.

Halle, 19. März.

Im dem Reichert Attentat meldet die „Allg. Ztg.“ der Attentat sei nicht, wie bisher angenommen, als ein Gegenstand niedrigeren Wertes, vielmehr nach den bisherigen Gerüchten in einem epileptischen Anfall niedergelassen. Das ganze Attentat stelle sich als ein zu hoch ungelagerter Stunde unter belagerten westlichen eingetretener Krankheitswechsel in ein Bewußtlosigkeit handelnden Epileptikers dar. — Henneslich benachteiligt sich diese Darstellung und die damit geschlossene Forderung.

Der Kaiser führt gestern Vormittag den Vortrag des Reichleiters Ehrhard und des Chefs des Reichleiters Ehrhard (Geheimen Staats Dr. v. Lucanus. — Nach einer Londoner Meldung der „Allg. Ztg.“ hat der Kaiser 500 Briefe zu der Max Müller-Stiftung in Oxford beigegeben.

Personalanträge. Der mecklenburgische Verbandsrat des Deutschen Anhalters in Wismar, Frhrn. v. Gültensburg, in Mera an erfolgt auf Ansuchen der Herzog, hat mehrere Wochen wegen eines Herzleidens von allen Geschäften ferngehalten. Nach einer heute hierher gelangten Nachricht hat sich das Befinden des Fürsten gebessert. Zu Verlegenheiten liegt kein Grund vor.

Der Bundesrat hat dem Auswärtigen Amt zu dem Geheimen wegen Vertreibung der Kriegsinvaliden und der Kriegshinterbliebenen zugestimmt.

* Die Matrifkarbeiträge der Bundesstaaten für 1901 sind auf 603 539 081 Mk. (gegen das Vorjahr 43 270 028 Mk.) mehr angelegt.

Davon entfallen auf Preußen 369 784 879 Mk. (mehr 28 879 725 Mk.), Bayern 65 298 336 Mk. (2 741 876 Mk.), Sachsen 45 055 972 Mk. (4 527 591 Mk.), Württemberg 20 160 788 Mk. (5 946 158 Mk.), Baden 20 029 543 Mk. (1 485 025 Mk.), Hessen 12 021 050 Mk. (302 614 Mk.), Mecklenburg-Schwerin 6 921 943 Mk. (1 283 340 Mk.), Sachsen-Meiningen 5 824 378 Mk. (254 167 Mk.), Mecklenburg-Strelitz 1 101 177 Mk. (14 522 Mk.), Oldenburg 4 275 811 Mk. (276 154 Mk.), Braunschweig 4 981 317 Mk. (334 433 Mk.), Sachsen-Meiningen 2 639 777 Mk. (185 515 Mk.), Sachsen-Meiningen 2 384 508 Mk. (154 846 Mk.), Coburg-Gotha 2 438 297 Mk. (126 150 Mk.), Anhalt 3 390 904 Mk. (252 106 Mk.), Schwarzburg-Rudolstadt 865 659 Mk. (30 131 Mk.), Schwarzburg-Blankenburg 994 190 Mk. (45 103 Mk.), Oldenburg 621 394 Mk. (3 198 Mk.), Preuss. a. V. 732 706 Mk. (10 681 Mk.), Preuss. a. V. 1 431 566 Mk. (77 346 Mk.), Schwarzburg-Gotha 462 991 Mk. (21 630 Mk.), Saxe 1 493 991 Mk. (30 821 Mk.), Oldenburg 1 038 376 Mk. (146 664 Mk.), Bremen 2 410 955 Mk. (309 088 Mk.), Hamburg 8 244 256 Mk. (949 570 Mk.), Oldenburg 18 438 900 Mk. (798 030 Mk.).

* Reichstags-Jubiläum. Am Donnerstag, 21. d. Mts., begeht der Reichstag das Jubiläum seines 30-jährigen Bestehens.

Der Centralverband deutscher Väter-Annalen „Germania“ hatte eine Audienz beim Reichskanzler Grafen v. Bülow nachgeholt, um mündlich die Bedeutung der Vätermeißei gegen die geplante Verordnungen über die Ausgestaltung in den Väterkreisen zum Ausdruck zu bringen. Vom Reichskanzler ist jetzt dem Vorsitzenden besonderer Weise die Mitteilung gegangen, daß der Kanzler es ablehnt, die Deputation zu empfangen. Der Vorstand hat darauf hin beschloßen, die in dieser Sache ausgearbeitete Petition dem Bundesrat, sowie den Fraktionsvorsitzenden des Reichstages zu übermitteln.

* Die unbefriedigten Begründungen. Abg. Erber (Centr.) beantragt, dem Herrn Reichskanzler zu erlauben, zu veranlassen, daß die verschiedenen Begründungen über die Fälle der bedingten Aggravation der Strafen im Strafgesetzbuch über die Fälle der unbefriedigten Begründung ergänzt werden.

* Die Entschädigung unzufriedener Untersuchungsgefangener. Abg. Dech (Frei. W.) beantragt, an die verschiedenen Anträge wiederholt das dringende Ersuchen zu stellen, in Gemäßheit der Reichstagsbeschlüsse vom 21. März 1893 und 23. Februar 1899 dem Reichstage sofort bei Beginn der nächsten Session einen Gesetzentwurf betreffend die Entschädigung von solchen Personen, die im Unrecht Untersuchungsgefangenschaft zu erleiden hatten, vorzulegen.

* Sanftfährten in den Kolonien. Abg. Webel (Soz.) hat zur dritten Beratung des Glanz des Auswärtigen Amts im Reichstage den Antrag eingebracht, dem Herrn Reichskanzler zu erlauben, dem Reichstag darüber einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die in den deutschen Kolonien bestehenden von Sanftfährten geborenen Kinder als freie anerkannt werden.

* Bei der gestrigen Landtagswahl im Wahlkreise Herode-Weidenburg wurde der Abgeordnete v. Weigel (Centr.) in Dierowen nach amtlicher Feststellung mit 303 von 311 Stimmen gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

* Die Senatserweiterung betr. das Strafprozeßgesetz wird gelten feind des Senats der Freien Stadt Lübeck aufgehoben.

Deutscher Reichstag.

70. Sitzung vom 18. März, 1 Uhr.

Am Bundesratsstillsitz-Kommissionen.
Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Rechnungsvorlage (Rolle der Debetrechnungsumme); dieselbe geht an die Rechnungs-Kommissionen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Ausübung der freiwilligen Gerichtsbarkeit und Leistung von Rechtskräften im See. Heim § 1 hat die Kommission die Mitteilung eingeleitet, daß im Sinne des Kriegs- und Ober-Kriegsgerichtes ganz allgemein für die Entgegennahme von Verfügungen an Zivilisten, sowie für die Aufnahme von Urkunden über die Befähigung zum See sein sollen. Das Haus stimmt dem demotivierten v. Genio einigen anderen von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen. Die zweite Beratung des Anfalls-Paragrafen-Gesetzes für Beamte und für Personen des Soldatenstandes wird wegen der schwachen Stellung des Hauses abgelehnt.

Besonders der Wahl des Abg. v. Gerstorf (3. Posten) beantragt die Kommission Vereinfachungen. Dieser Antrag gelangt demotiviert zur Annahme.

Es folgen Petitionsbereichte. Debatte wird eine Petition des Bauernvereins v. Hünfelden an das Reichstags-Bureau betr. die Regelung des Handels mit Konserven dem Kommissionsantrage entsprechend der Regierung als Material überwiesen.

Denselben Antrag stellt die Kommission bezüglich einer Petition um Erlaß eines Gesetzes zur Sicherung der Bauverordnungen.

Abg. Beyer (D.-Soz. Ref.) betont die Bedeutung dieser Frage; ebenso der

Abg. Kirich (Centr.), der zugleich behauptet, daß von den verschiedenen Regierungen in der Kommission keine Erklärung darüber abgegeben sei, wie weit man dem eigentlich mit den Vorbereitungen für ein solches Gesetz sei.

Abg. Gerst (Soz.) tritt dem bei. Die Bauhandwerker, die so oft um ihre Forderungen betrogen werden, hätten doch wohl ein Recht darauf, daß ihnen endlich einmal hier von der Regierung etwas gesagt werde, wie weit die Sache gebietet sei.

Abg. Baffermann (nat.) hält die Sache gleichfalls für dringlich, und zwar würde die Regelung unbedingt rechtsgültig erfolgen, nicht nur abgelehnt. Es werde wohl das Beste sein,

alle solche Anträge durch Gewährung eines hypothekarischen Vorrechts durchzuführen.

Der Antrag der Kommission wird hierauf angenommen. Debatte wird eine Petition, die sich gegen die Ausübung von Privatanklagen durch die Militär-Vorläuferkommission richtet, der Regierung zur Erwägung überreicht. Eine weitere Petition betr. Einführung des Kommunal-Vergleichs als Vorbedingung des gerichtlichen Studiums wird nach längerer Verhandlung dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

Eine Petition betr. Aufhebung der Bäckerei-Verordnung beantragt die Kommission der Regierung als Material zu überweisen. Abg. Baffermann beantragt Überlegung zur Tagesordnung über die Petition, findet jedoch nicht die genügende Unterstützung.

Es folgt eine Petition auf Einführung der Freigeldstrafe. Die Kommission beantragt Überlegung zur Tagesordnung.

Abg. Kerff-Sachsen (nat.) beantragt den Beschluß der Kommission und wird gegen ihn stimmen. Auf lange Vorstellungen mülte er sich unendlich der ganzen Gesellschaft nicht einfinden, zumal er wisse, daß auch in nationalliberalen und Centrumskreisen sich eine Umänderung der Anschauungen auf diesem Gebiete vorbereite; in diese ganze Reihe wolle er nicht hinein eingreifen. Er hoffe, daß nicht in zwei Jahren der Reichstag eine gleichartige Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überweisen werde.

Abg. Baffermann (nat.) erklärt, er könne sich diesem Punkte nicht anschließen. Und wenn Beyer behauptet, daß sich bei den Nationalliberalen eine Umänderung vorbereite, so könne er nur feststellen, daß keine Fraktion sich für die Überlegung über diese Frage sich einstimmig gegen Wiedereröffnung der Reichstags-erklärte habe.

Abg. Beyer (D.-Soz. Reform.) sympathisiert zwar grundsätzlich mit der Freigeldstrafe bei Nothwehnsverbrechen, hat aber Bedenken wegen ihrer Handhabung. Nichtig sei jedenfalls, daß mit Summatial bei Nothwehr nicht die treueste Justiz ihrer Pflicht genügen können.

Abg. Erber (Centr.) Wenn Herr Erber meint, bei den Nationalliberalen und bei seinen Freunden bestehe sich eine Umänderung der Anschauungen vor, in die er nicht mit rauer Hand eingreifen wolle, so muß er ihm ja diese Hoffnung lassen, aber ich glaube doch, er wird sich entschließen zu werden. Mit der einfachen Freigeldstrafe wird es auch wohl nicht gehen sein, Herr Erber wird vielmehr schließlich wohl zu qualifizierter Freigeldstrafe greifen müssen, etwa nach den Vorbildern in China und Japan. Diese Petition ist jedenfalls nicht weislich, daß wir uns so lange damit aufhalten. Kommen Sie uns mit einem formulierten Gesetzentwurf, so werden wir die Antwort darauf nicht schuldig bleiben.

Abg. Webel (Soz.) erwidert, daß die Kommission ihren Beschluß auf Überlegung zur Tagesordnung einstimmig gefaßt habe. In Deutschland bestehe kein Fall von Nothwehr, aber doch sei eine Nothwehr für den Reichstag vorhanden. Gleich, auch bei und sei eine Ausnahme bei Nothwehnsverbrechen wahrzunehmen. Aber man solle doch den Umständen derselben nachgehen und dieselben bejugehen; nämlich unter ganz solchen Umständen.

Die Abg. Schreyer (nat.) und v. Staudorf (Soz.) treten für die Beschleunigung der Petition ein.

Abg. Dr. Müller-Saxen (Soz. d. L.) Ich glaube nicht zu den Unterzeichnern der Petition und meine auch, daß man in dieser Frage verschiedener Meinung sein kann. Man muß die Sache nicht nur prüfen und nur die logischen Gründe wägen lassen. Dem Abgeordneten Erber kann ich nicht darin folgen, wenn er meint, die Rechtsprechung wäre nicht in der Lage die Grenzen bei Nothwehnsverbrechen abzugrenzen, und wenn er weiter meint, daß auch in der Nothwehr die Freigeldstrafe gegen anti-deutsche Verbrechen oder gar bei konstitutionellen Streitigkeiten eintreten könnte. Wenn die Gelegenheit die Grenzen bei Nothwehnsverbrechen nicht unterscheiden kann, so würde das Strafrecht auch eine Unterbrechung zwischen Verbrechen und Vergehen feststellen können, dann würde unter ganz gelindesten Umständen auch und würde sein. Man muß sich also vor Extremen bei Vertretung dieser Dinge hüten. Zunächst ist, daß auch die Thorentwerfer gegen die Freigeldstrafe noch schwächer Strafen fordern, wo Empörer, Nothwehnsverbrechen vorliegen. Der Verbrechen die Beschäftigung der Schlichter außerhalb der Schulzeit zu künftigen Arbeiten fördert die Nothwehr. Ich meine, die Schlichterbeschäftigung allein nicht dem deutschen Volk, neben der grüßlichen Meinung ist eine föderale Beschäftigung und Hebung, die nur im freien geübt werden kann, ist notwendig. Mit den Noth gegen die Halbtagsschule und dergleichen kommen wir bei dieser Frage auch nicht weiter; wo das Prinzip der Halbtagsschule durchgeführt ist, empfinden es Eltern und Kinder als eine Wohlthat. Söblich verfehlt ist es, es vorzuwerfen, wir wollten keine Ausübung. Gerade wir haben nicht geglaubt, daß wir die Auffassung wollen, (Sachen links) Sie (nach links gemeldet) sollten wissen, was man am Vochen lernt. Gerade der erste Grundgedanke des Bundes der Landwirthe ist, Auffklärung zu schaffen. Dadurch, daß wir den Bauern, den Arbeiter aufklären, haben wir jene nichtspitzbüchigen Erträge erzielt, wie Sie zum Beispiel in der Reichstagskommission kommen zum Ausdruck. Ich meine, daß die Auffklärung und die Bauern gleichzeitigen gegen jene Verbrechen und Vergehungen, wie sie fortgesetzt von gewisser Seite beantwortet. Wir wollen einen gebildeten Arbeiter und ein gutes Volk und die nöthigen Kenntnisse, die dazu gehören, um zu können (nach rechts gemeldet) Parteigänger mit Erfolg entgegenstellen zu können. (Lebhafter Beifall rechts).

Nach mehreren Ausführungen der Abg. Webel und Biedendorf wurde die Debatte geschlossen und die Petition durch Überlegung zur Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Dritte Sitzung des Glanz.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

52. Sitzung vom 18. März, 11 Uhr.

Am Ministertisch: von Maquei, von Hammerstein, Schänke.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Sitzung des Glanz. Eine Generalabstimmung findet nicht statt. Beim Glanz der Justiz verurteilt wird.

Abg. v. Beyer (nat.) stellt die Forderung des Einlenkens heraus, welches bei der Anwendung auf Nicht-Gleichgestellten zur Sprache,

Justizminister Schupfledt erwidert, daß in der Frage, ob der von Antagonisten der Emilianer nicht erzielte Abgleichung als unzulässig zu betrachten sei, die Reichsgericht und Kammergericht einseitig und Oberverwaltungsgericht andererseits verurteilt entschieden haben. Der Zustand sei bedenklich, es gebe aber kein Mittel, die Kollision zu beseitigen. Herr Clemen hätte sich an den Finanzminister wenden müssen, um eine Herabsetzung des Einkommenssteuergesetzes zu verlangen. Nach einigen Bemerkungen des Abg. Rabbin (S.) über das Delinquentenvergehen wurde über das angeblich unzulässige Eingreifen der Minister in die Entscheidung eines Verwaltungsorgans in Oberverwaltungsorgane die Abweisung eines Verweises auf ein in Spanien befindliches Vermögen und einer Erwidmung des Justizministeriums als höchst bedenklich.

Abg. Clemen (S.) zu dem Abg. v. Geyern angelegentlichste Frage und bittet den Finanzminister, eine entsprechende Abänderung des Einkommenssteuergesetzes in Erwägung zu nehmen.

Nach unvollständiger Debatte wird der Juli- und Augustgesetzgebung. Die Güter der Domänenverwaltung, der Forstverwaltung, der landwirtschaftlichen Verwaltung und der Gerichtsverwaltung werden nach früherer Debatte genehmigt. Beim Etat der Verwaltung der direkten Steuern folgt

Abg. v. Geyern (N.) über Eshafen bei der Steuer-Verwaltung. Minister v. Münnch, was die Rechtefrage anlangt, so sei die Ausdehnung mit dem Titel Staatsratsherrlichkeit stempelschuldig. Eshafen könne die Steuer nur auf dem Gnadenwege werden.

Minister v. Münnch erklärt diese Frage für erledigt und verzichtet entsprechende Maßnahmen in Erwägung zu ziehen. Beim Etat der Verwaltung der indirekten Steuern verweist ein Antrag Dr. W. auf den Antrag für die Verleihung von Titeln an Privatpersonen bei Verleihung des Titels als Sanitätsrat und Geheimrat Sanitätsrat an Abg. außer Hebung zu legen.

Nach der Begründung des Antrages durch Abg. Dr. Geyern (N.) erklärt Minister v. Münnch, was die Rechtefrage anlangt, so sei die Ausdehnung mit dem Titel Staatsratsherrlichkeit stempelschuldig. Eshafen könne die Steuer nur auf dem Gnadenwege werden.

Minister v. Münnch erklärt diese Frage für erledigt und verzichtet entsprechende Maßnahmen in Erwägung zu ziehen. Beim Etat der Verwaltung der indirekten Steuern verweist ein Antrag Dr. W. auf den Antrag für die Verleihung von Titeln an Privatpersonen bei Verleihung des Titels als Sanitätsrat und Geheimrat Sanitätsrat an Abg. außer Hebung zu legen.

Nach der Begründung des Antrages durch Abg. Dr. Geyern (N.) erklärt Minister v. Münnch, was die Rechtefrage anlangt, so sei die Ausdehnung mit dem Titel Staatsratsherrlichkeit stempelschuldig. Eshafen könne die Steuer nur auf dem Gnadenwege werden.

Minister v. Münnch erklärt diese Frage für erledigt und verzichtet entsprechende Maßnahmen in Erwägung zu ziehen. Beim Etat der Verwaltung der indirekten Steuern verweist ein Antrag Dr. W. auf den Antrag für die Verleihung von Titeln an Privatpersonen bei Verleihung des Titels als Sanitätsrat und Geheimrat Sanitätsrat an Abg. außer Hebung zu legen.

Nach der Begründung des Antrages durch Abg. Dr. Geyern (N.) erklärt Minister v. Münnch, was die Rechtefrage anlangt, so sei die Ausdehnung mit dem Titel Staatsratsherrlichkeit stempelschuldig. Eshafen könne die Steuer nur auf dem Gnadenwege werden.

Minister v. Münnch erklärt diese Frage für erledigt und verzichtet entsprechende Maßnahmen in Erwägung zu ziehen. Beim Etat der Verwaltung der indirekten Steuern verweist ein Antrag Dr. W. auf den Antrag für die Verleihung von Titeln an Privatpersonen bei Verleihung des Titels als Sanitätsrat und Geheimrat Sanitätsrat an Abg. außer Hebung zu legen.

Nach der Begründung des Antrages durch Abg. Dr. Geyern (N.) erklärt Minister v. Münnch, was die Rechtefrage anlangt, so sei die Ausdehnung mit dem Titel Staatsratsherrlichkeit stempelschuldig. Eshafen könne die Steuer nur auf dem Gnadenwege werden.

Minister v. Münnch erklärt diese Frage für erledigt und verzichtet entsprechende Maßnahmen in Erwägung zu ziehen. Beim Etat der Verwaltung der indirekten Steuern verweist ein Antrag Dr. W. auf den Antrag für die Verleihung von Titeln an Privatpersonen bei Verleihung des Titels als Sanitätsrat und Geheimrat Sanitätsrat an Abg. außer Hebung zu legen.

Nach der Begründung des Antrages durch Abg. Dr. Geyern (N.) erklärt Minister v. Münnch, was die Rechtefrage anlangt, so sei die Ausdehnung mit dem Titel Staatsratsherrlichkeit stempelschuldig. Eshafen könne die Steuer nur auf dem Gnadenwege werden.

Minister v. Münnch erklärt diese Frage für erledigt und verzichtet entsprechende Maßnahmen in Erwägung zu ziehen. Beim Etat der Verwaltung der indirekten Steuern verweist ein Antrag Dr. W. auf den Antrag für die Verleihung von Titeln an Privatpersonen bei Verleihung des Titels als Sanitätsrat und Geheimrat Sanitätsrat an Abg. außer Hebung zu legen.

Nach der Begründung des Antrages durch Abg. Dr. Geyern (N.) erklärt Minister v. Münnch, was die Rechtefrage anlangt, so sei die Ausdehnung mit dem Titel Staatsratsherrlichkeit stempelschuldig. Eshafen könne die Steuer nur auf dem Gnadenwege werden.

Minister v. Münnch erklärt diese Frage für erledigt und verzichtet entsprechende Maßnahmen in Erwägung zu ziehen. Beim Etat der Verwaltung der indirekten Steuern verweist ein Antrag Dr. W. auf den Antrag für die Verleihung von Titeln an Privatpersonen bei Verleihung des Titels als Sanitätsrat und Geheimrat Sanitätsrat an Abg. außer Hebung zu legen.

Nach der Begründung des Antrages durch Abg. Dr. Geyern (N.) erklärt Minister v. Münnch, was die Rechtefrage anlangt, so sei die Ausdehnung mit dem Titel Staatsratsherrlichkeit stempelschuldig. Eshafen könne die Steuer nur auf dem Gnadenwege werden.

Minister v. Münnch erklärt diese Frage für erledigt und verzichtet entsprechende Maßnahmen in Erwägung zu ziehen. Beim Etat der Verwaltung der indirekten Steuern verweist ein Antrag Dr. W. auf den Antrag für die Verleihung von Titeln an Privatpersonen bei Verleihung des Titels als Sanitätsrat und Geheimrat Sanitätsrat an Abg. außer Hebung zu legen.

Nach der Begründung des Antrages durch Abg. Dr. Geyern (N.) erklärt Minister v. Münnch, was die Rechtefrage anlangt, so sei die Ausdehnung mit dem Titel Staatsratsherrlichkeit stempelschuldig. Eshafen könne die Steuer nur auf dem Gnadenwege werden.

Minister v. Münnch erklärt diese Frage für erledigt und verzichtet entsprechende Maßnahmen in Erwägung zu ziehen. Beim Etat der Verwaltung der indirekten Steuern verweist ein Antrag Dr. W. auf den Antrag für die Verleihung von Titeln an Privatpersonen bei Verleihung des Titels als Sanitätsrat und Geheimrat Sanitätsrat an Abg. außer Hebung zu legen.

Nach der Begründung des Antrages durch Abg. Dr. Geyern (N.) erklärt Minister v. Münnch, was die Rechtefrage anlangt, so sei die Ausdehnung mit dem Titel Staatsratsherrlichkeit stempelschuldig. Eshafen könne die Steuer nur auf dem Gnadenwege werden.

Minister v. Münnch erklärt diese Frage für erledigt und verzichtet entsprechende Maßnahmen in Erwägung zu ziehen. Beim Etat der Verwaltung der indirekten Steuern verweist ein Antrag Dr. W. auf den Antrag für die Verleihung von Titeln an Privatpersonen bei Verleihung des Titels als Sanitätsrat und Geheimrat Sanitätsrat an Abg. außer Hebung zu legen.

Nach der Begründung des Antrages durch Abg. Dr. Geyern (N.) erklärt Minister v. Münnch, was die Rechtefrage anlangt, so sei die Ausdehnung mit dem Titel Staatsratsherrlichkeit stempelschuldig. Eshafen könne die Steuer nur auf dem Gnadenwege werden.

aparat in Shanghai Veranlassung genommen, den Antagonisten im Disziplinaren aus dem Polizeidienste zu entfernen, seinem Verwehren über den Verfall Ausbruch zu geben und dem Verzeihen, nach nicht völlig wiederhergestellten deutschen Soldaten Verbot ein Schmerzensgeld von 1750 Mark (über 5000 Mark) auszusenden.

Das Oberverwaltungsorgane meldet aus Peking: Anlässlich der Wiederherstellung der Eisenbahnbrücke bei San-tu ist die zweite Kompanie des Eisenbahnpolizeibataillons nach San-tu, die dritte nach San-tu verlegt worden. Von Tientsin ist am 14. eine kleine Expedition in die Gegend des Tientsin (See Vorhöfen von Tientsin) entsendet, um erneut Überhandnahmen aufzutreten.

Ueber den russisch-englischen Konflikt liegt nur folgendes Telegramm vor: Tientsin, 17. März. (Melbung des „Neuzeitlichen Kuriers“). Die Lage bezüglich der zwischen England und Rußland umstrittenen Russisch-Seele ist der Behauptung ist unversichert. Inzwischen taucht zwischen den beiden Mächten bereits ein neuer Konflikt auf. Im britischen Unterhause fragte gestern Alfred Wainwright, ob die russische Regierung füglich die britische Flotte von einem Teile des Golfes von Persien habe auszuweisen vermag, und den Anspruch erhoben habe, daß die Gewässer der Blande und Elliottinseln nur Rußland gehören. Wainwright erwiderte, die englische Regierung habe über die Angelegenheit von der russischen Regierung keine Mitteilung erhalten; aber der russische Admiral habe dagegen Einspruch erhoben, daß das britische Kriegsschiff „Albatros“, das Piraten verfolgte, sich in den Gewässern der Elliottinseln aufhalte. Das Vorgehen des britischen Admirals, der das Schiff nach jenen Inseln geschickt habe, könne im Einklange zu sein mit dem Mechten Englands, wie sie sich aus Artikel 52 des Vertrages von Tientsin ergeben. Wainwright fragte dann, ob hieraus zu entnehmen sei, daß die britische Regierung den Anspruch Rußlands nicht genehmige, worauf Wainwright die Frage stellte.

Was die Mandchurienfrage betrifft, so meldet die „Times“ aus Peking vom 17. März: Chinesische Beamte erklären, sie hätten aus Petersburg die Mitteilung erhalten, Rußland verziehe auf seine Ansprüche bezüglich der Mongolei und Turkestan, sei damit einverstanden, eine Abtretung einzutreten zu lassen in der Schärfe seiner Kontrolle über die Güterverwaltung der Mandchurie, und willige ein, daß das Abkommen veröffentlicht werde, sobald es in Petersburg unterzeichnet sei, nach innerhalb vierzig Tagen geschickt werden.

Der Kaiser „Lai“ hat, Reichstanzler Graf von Bülow habe in seinen Reichstagsreden über die Mandchurien in mehr unbestimmter Art gesprochen, aber aus seinen Erklärungen geht hervor, daß Kaiser Wilhelm fortwähre, Rußland zu schonen. Der „Reich“ sagt ferner, das englisch-deutsche Einverständnis sei im Sinne Englands sicherlich gegen Zernern gerichtet, aber es sei nicht erwiesen, daß es im Sinne Deutschlands gegen Zernern, was er auch sei, gerichtet sei. Es sei wahrscheinlich, daß Deutschland einfach sich dem chinesischen Markt zu sichern suchte, ohne die Börse zu zerschlagen. — Im Uebrigen ist noch folgendes Telegramm zu verlesen.

Peking, 18. März. (Agence Havas.) Die Eisenbahnlinie Peking-Tientsin ist am 16. d. M. in Gegenwart des französischen und des belgischen Konsulats eröffnet worden. Ueber die Gesteinskörper, die am Bau der Eisenbahn arbeiteten, nahm General Boyon eine Parade ab.

Der Krieg in Sibirien. Gestern war der Tag, an welchem nach englischen Meldungen die drei Burenführer Botha, De Wet und Delarey zur Vernehmung der Lage zusammengetreten sollten; es muß sich also in allerhöchster Zeit entscheiden, ob der unglückliche Kampf sein Ende finden soll. Zweifellos ist, daß eine Fortsetzung des Kampfes dem britischen Reich unvorstellbar schwere Opfer an Gut und Leben auferlegt, als den Buren, die schon jetzt nichts mehr zu verlieren haben. Auf mindestens 30 bis 40 Millionen Mark werden die laufenden englischen Kriegskosten geschätzt, und die täglichen Verluste, die das Londoner Kriegesamt veröffentlicht, reden auch eine schlimme Sprache. Die Friedenssehnsucht auf englischer Seite ist zweifellos sehr groß, wohl immerhin, daß die Burenführer hoffen, durch weiteres Singehen des Russen England bis zu dem Grade müde zu machen, daß erträgliche Bedingungen für die Befestigten erlangt werden können, möglich aber auch, daß auch den geringmächtigen Kaiser De Wet die Verantwortung längeren Krieges auf sich zu groß wird. Demfalls hat man sich De Wet als einen niedrigeren Denker vorzustellen als Rochefort, der, wie aus Paris telegraphisch wird, den Buren mit einer großen Lotterie helfen will. Das Kommando De Wet ist in großen von Senkal in verjährten Abteilungen weitergegangen.

In Kapstadt fordert inzwischen die Pest fortwährend ihre Opfer. Man telegraphirt uns aus Kapstadt: In den letzten 48 Stunden sind 9 neue Pestfälle vorgekommen. Unter den Erkrankten befinden sich 3 Europäer.

Paris, 19. März. Deputierten-Kammer. Im weiteren Verlaufe der Beratung über das Vereinsgesetz befaßt sich der Reichstag mit dem Artikel 13 der Vorlage und vertheilt die Kongregation, Thierry tritt für einen Zusatzantrag ein. Der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau befaßt diesen Zusatzantrag, welcher mit 303 gegen 251 Stimmen verworfen wird. Es wird sodann der erste Teil im Artikel 13 mit 303 gegen 229 Stimmen angenommen, wonach sich keine Kongregation ohne eine gesetzliche Annullation bilden kann.

Die neue Auflage gegen den Sanier August Sternberg wurde gestern vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin verhandelt. Der Angeklagte Sternberg wird beschuldigt, durch drei fälschliche Nachrichten die Aktien der Gesellschaft für die Verfertigung von deren nach nicht 14tägige Schmelz (Lara-Kopie) unfälschlich veräußert zu haben. Die Mitschuldigende (Lara-Kopie) unfälschlich veräußert zu haben. Die Mitschuldigende (Lara-Kopie) unfälschlich veräußert zu haben.

Ruppel unter Anwendung eines hinterlistigen Kunstgriffs. Die Strafkammer, welche die Verhandlung des Jahres 1897 und in den Monaten April 1898 fallen, fallen in der Wohnung der Angeklagten Ruppe befangen sein. Er wird durch eine Reihe von großen Prozessen an den Staatsanwalt gelangte anonyme Briefe zur Kenntnis der Angeklagten gekommen. Der Vater der Angeklagten, Koppermeister Kopper, soll sich dahin nicht von den Vorwürfen gegen seinen Sohn erlassen, er hat als er die Strafkammer, den Strafamt gegen Verfertigung der falschen Briefe geklärt. Den Vorwurf im Gerichtsbescheid führt Bandenleiter direktor Boigt, die Anklage vertritt Staatsanwalt Braun, der Angeklagte Sternberg wird vom Reichsanwalt Max Juchs I und Juchs II, Dr. v. Geyern die Anklage führt, die Angeklagten sind angeklagt, ausfindig und mehrere unvollständig, vom Reichsanwalt Dr. Schmidt vertheidigt. Unter den 25 von Angeklagten befinden sich auch Rektor Ullrich und Dr. Geyern, die über den Vernehmung der beiden Mächten Auskunft geben wollen. Gleich nach Beginn des Aufschlagschusses bezüglich der Gerichtsbescheid auf Antrag des Staatsanwaltes und der Vernehmung die Öffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung — auch für die Presse — völlig ausgeschlossen. Dem augenblicklich in Berlin weilenden Chef der Rosenberger Sicherheitspolizei wurde gefordert, die Verhandlung abzusagen, nachdem 3 Uhr wurde die Verhandlung wieder abgebrochen wegen neuer Verträge. Die in Untersuchungsbefehl befindliche Frau Nieme wurde auf freien Fuß gesetzt.

Explosion. Man meldet aus New-York: Am 17. März um 11 Uhr 15 Minuten in der Nähe des Union-Station des amerikanischen Bahnhofs in New-York eine Explosion erfolgte, welche die Aufmerksamkeit der Passagiere auf sich zog. Drei Personen wurden getötet, von denen zwei sofort starben sind. Der Raum füllte sich mit Dämpfen, die nach der zweiten Kabine zogen. Mehrere Personen sind erkrankt.

Drei Witzhähne gingen, wie aus Srothaus berichtet wird, Sonntag nach Berlin, um sich die neuesten Nachrichten über den Gewitterzustand zu holen, von welchem, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

Eine große Eisenbahnbrücke, wie man aus München berichtet, ist in der Nähe von München, obgleich es sehr ungewöhnlich heißen Donner herüber, 25 Fernsprechtuben wurden in der Stadt zerstört. Ein Militärkolonne, der in der Nähe eines Witzhähners verweilte, wurde bedroht.

